

Mainz, 24.01.2014

Antrag **1465/2013 zur Sitzung Stadtrat am 30.09.2013**

Änderungsantrag zu TOP 1 - Beschlussvorlage 0967/2013 (CDU)

Die Beschlussvorlage bzw. der städtebauliche Vertrag wird in § 12 Nr. 1 Soziale Wohnraumförderung wie folgt neu gefasst:

Bei der Vermarktung der Baufelder im Gebiet des N 84 ist sicherzustellen, dass mindestens 10 Prozent der nach den Festsetzungen des N 84 zulässigen Wohnfläche als öffentlich geförderter Wohnungsbau im Rahmen der Neubauförderung des Landes Rheinland-Pfalz realisiert werden sollen oder nach Realisierung der Stadt Mainz im Rahmen der Bestandsförderung zum Erwerb von allgemeinen Belegungsrechten angeboten werden.

Die Wohneinheiten sollen auf mehrere Baufelder verteilt werden.

Der Vorhabenträger hat die Weitergabe der vorgenannten Verpflichtung an den oder die Erwerber von Baufeldern und die angemessene Sicherung ihrer Erfüllung gegenüber der Stadt Mainz durch Vorlage eines entsprechenden Auszuges aus dem Kaufvertrag nachzuweisen.“

Begründung:

Im Entwurf ist vorgesehen, dass sich die Klausel von 10 Prozent Wohnfläche im öffentlich geförderten Wohnungsbau nur auf einen Teil der Gesamtfläche und dies entlang der unter Lärmgesichtspunkten besonders problematischen Rheinallee bezieht, also nicht auf die gesamte im N 84 für Wohnungsbau vorgesehene Bruttogeschoßfläche. Dies wird dem Bedarf nicht gerecht.

Gemäß der Empirica-Studie sind in Mainz 5000 bis 6000 Wohnungssuchende mit Wohnberechtigungsschein registriert. Die von allen Parteien einstimmig verabschiedete Konzeption für die soziale Wohnraumversorgung belegt den dringenden Handlungsbedarf, der über die Ausweisung von 10 Prozent weit hinausgeht.

Die Kommunalpolitik ist gefordert, die Bedarfserfüllung nicht nur verbal zu postulieren, sondern für die Realisierung zu sorgen.

Es ist auf eine Spreizung zur Erhaltung stabiler Bevölkerungsstrukturen zu achten, damit keine sozialen Ghettos entstehen. Das kann im Zollhafengebiet sichergestellt werden.

Die in der öffentlichen Diskussion angesprochenen weiteren Standorte sind zusätzlich dringend erforderlich. Allerdings ist es abwegig, zum Beispiel auf dem IBM-Gelände eine Monostruktur mit unrealistischen 2500 Wohneinheiten und deren Realisierungsbeginn in 2014 zu verweisen.

Hannsgeorg Schöning
Fraktionsvorsitzender